

(Abg. Nitzsche [Leubsch].)

(A) hat wie ein gewöhnlicher Personenzug, nur mit dem Unterschiede, daß der Personenzug an den Stationen, der Schnellzug jedoch vor den Stationen hielt.

(Weiterkeit.)

Wenn der Herr Finanzminister die Äußerung zurückgewiesen hat, daß die Verhältnisse bei dem Bahnhofe Rochlitz, um nur den einen Punkt herauszugreifen, nicht so schlimm seien, wie es dargestellt wird, so weiß ich doch aus meiner eigenen Erfahrung, daß die Verhältnisse dort nicht so sind, wie sie sein sollten.

Zu den Ausführungen des Herrn Ministers des Innern habe ich zu erklären, daß wir erfreut sind zu hören, daß eine Verfügung erlassen werden wird, die das Verbot von Geldsammlungen zu Wahlzwecken aufhebt. Wir sind weiter erfreut, daß ein Wegebaugesetz in Aussicht genommen ist. Aber es hat uns sehr enttäuscht, daß man uns noch keine Hoffnungen gemacht hat über das Kompetenz- und Polizeigesetz. Wir bedauern, daß man aus den Erhebungen und Erwägungen immer noch nicht herausgekommen ist. Wir meinen, daß die Angelegenheit doch schon reichlich lange gedauert hat, und wenn auf dieses Gesetz das Sprichwort zutrifft, daß, was lange währt, auch gut sein muß, dann müssen diese Gesetzentwürfe wahre Prachtexemplare werden.

Was den Konkurrenzkampf zwischen Brambach und Elster anlangt, so stehen wir auf dem Standpunkte, daß wir dem Bad Elster ohne Not keine neue Konkurrenz aufbürden werden.

Bezüglich der Talsperren bedauern wir die etwas flauere Haltung des Herrn Ministers des Innern. Wir meinen, daß diese überaus wichtige Angelegenheit besser im Auge behalten werden müßte. Es kommt nicht nur auf den Wasserstand der Elbe bei dieser Gelegenheit an. Es handelt sich um eine gleichmäßige Versorgung des Landes mit gutem Trinkwasser. Wir halten diese Anlagen für viel wichtiger als die Frage der Kläranlagen, die von der Königl. Staatsregierung und ihren Organen besonders propagiert wird. Bezüglich der Kläranlagen liegt die Sache so, daß man sich über das System noch nicht im Klaren ist, daß man noch nicht weiß, welches das vorteilhafteste sein wird. Aber jedenfalls, ehe diese Frage zur Genüge geklärt ist, müssen wir darum bitten, daß die Gewährung von Bauplänen nicht von der Schaffung einer Kläranlage abhängig gemacht wird.

Nun einige Fragen, die in losem Zusammenhange stehen, die ich aber mit erwähnen muß!

Der Herr Abg. Schulze hat gestern ausgeführt, daß es völlig verkehrt sein würde, wenn man die Jugendpflege gegen die Arbeiterschaft machen wollte. Soweit ich mich mit dieser Frage beschäftigt habe, habe ich noch nicht herausgeföhlt, daß das die Absicht irgend einer Instanz wäre. Aber ich glaube, daß der Herr Abg. Schulze hier doch die Begriffe Arbeiterschaft und Sozialdemokratie vollständig identifiziert hat.

Dann ist auch der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann wegen seiner Haltung in der Heimarbeitfrage im Reichstage angegriffen worden. Wir meinen doch, daß durch die Stellung der national-liberalen Reichstagspartei in dieser Frage zum mindesten eine Besserung erreicht wird, es werden Mindestlöhne festgesetzt. Wir meinen, daß das auch in unserem sächsischen Erzgebirge als ein Fortschritt zu bezeichnen ist, um so mehr, als sonst die Industrie über die Grenze abwandern würde und für unsere Landsleute im Erzgebirge nichts übrigbliebe.

(Sehr richtig!)

Wenn dann der Herr Abg. Dr. Spieß hinwies auf die Freiheit der Lehrmittel, dann meine ich, daß diese Frage jedenfalls bei der Beratung der Volksschulreform geregelt werden wird. Ich habe aber eine andere Bitte, nämlich daß in dieser Frage auch bei den höheren Schulen eine größere Gleichmäßigkeit eintritt, daß die Eltern der Schüler nicht immer und immer wieder gezwungen werden, sobald eine neue Auflage eines teuren Buches erscheint, das Portemonnaie zu ziehen, sondern daß eine größere Beständigkeit erzielt wird.

Dann muß ich auch den letzten Äußerungen des Herrn Finanzministers entgegentreten, wenn er der Meinung ist, daß wir nun die neue Besoldungsordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern streben. Ich kann versichern, daß wir das durchaus nicht beabsichtigen. Aber es haben sich bei der Besoldungsordnung, soweit die unteren und mittleren Beamten in Frage kommen, eine große Menge von Härten und Unebenheiten gezeigt. Diese müssen beseitigt werden. Wir können nicht darauf warten, bis die Königl. Regierung sich auf den Standpunkt stellt: jetzt ist das Besoldungsgesetz lange genug in Kraft, jetzt können wir an eine grundsätzliche Änderung gehen.

Dann hat nach den Ausführungen des Herrn Abg. Fräßdorf die Scheuerfrau des Arbeiterkonsumvereins in Dresden eine Rolle gespielt, insofern, als sie zeigen soll, in welcher vorsorglichen Weise in sozialdemokratischen Betrieben für die Arbeiterschaft gesorgt wird. (Vizepräsident Fräßdorf: Das ist kein sozialdemokratischer Betrieb!)